

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 8038/39
Telefax: 8 68 846 ppbn d
Telefax: 21 08 64



Inhalt

Bert Hinterkeuser zu den Folgen der Verkürzung des Zivildienstes: Verschärfter Pflegenotstand.

Seite 1

Frelmut Duve MdB zu Bismarck-Ausstellung und Deutschem Historischen Museum: Die rechte Schau zu schlechter Zeit am falschen Ort.

Seite 3

Ludwig Stiegler MdB zum Versuch von CSU und Wirtschaft, die Erinnerung an ihre strahlende Vergangenheit auszulöschen: Vergangenheitsbewältigung Wackersdorf 1990.

Seite 4

Dokumentation:

Willy Brandt hat sich aus Anlaß der feierlichen Beisetzung des chilenischen Präsidenten Salvador Allende in einem Brief an die nächsten Angehörigen des am 11.9.1973 ermordeten Politikers gewandt.
Wortlaut

Seite 5

45. Jahrgang / 168

3. September 1990

Verschärfter Pflegenotstand

Zu den Folgen der Verkürzung des Zivildienstes

Von Bert Hinterkeuser

Beauftragter für den Zivildienst beim AWO-Bundesverband

Ende September werden circa 28.000 Zivildienstleistende durch die Verkürzung der Zivildienstzeit aus ihrem Dienst ausscheiden. Die Arbeiterwohlfahrt begrüßt die Verkürzung ausdrücklich, sie hat sich bereits 1988 für eine Verkürzung ausgesprochen und am 1. Juni 1989 zum ersten Mal einen bundesweiten Tag des Zivildienstes veranstaltet.

Dennoch bleibt die aktuelle Sorge, was wird nun aus den von Zdl'ern betreuten hilfebedürftigen Menschen, wenn am 1. Oktober 1990 kein Zivi mehr an ihre Tür klopft, um in häuslicher Umgebung ambulant Hilfe zu leisten.

Die AWO hat derzeit 8.417 Zivildienstplätze. Am 15. Juni 1990 befanden sich 6.447 Zivildienstleistende im Dienst. Über 80 Prozent dieser Zivildienstleistenden sind im unmittelbaren Dienst am Menschen eingesetzt. 38 Prozent der Plätze sind allein im Bereich der Mobilien Sozialen Hilfsdienste angesiedelt. Durch die Zivildienstzeitverkürzung werden circa 1.500 bis 2.000 Zivildienstleistende für den Dienst nicht mehr zur Verfügung stehen.

Es ist wie die sattsam bekannte tibetanische Gebetsmühle. Seit Jahren weist die AWO auf den sich ständig verschärfenden Pflegenotstand hin - zuletzt durch öffentliche Demonstrationen und Aktionen 1988 im Ruhrgebiet. Passiert ist nichts.

Seit 1976 setzt sich die AWO mit Nachdruck für die Einführung einer Pflegeversicherung ein, die alle Bürger - auch die mit mittleren und guten Einkommen - vor der Situation bewahren soll, im Alter Sozialhilfeempfänger zu werden, wenn Pflege - ambulant oder stationär - unabwendbar scheint. Geschehen ist so gut wie nichts. Ansätze für eine Milderung des Pflegenotstands im Gesundheitsreformgesetz sind nicht mehr als ein Ansatz geblieben.

Nun macht die Verkürzung der Zivildienstzeit in dramatischer Weise deutlich, daß soziale Fürsorge in einer der reichsten Gesellschaften nicht ausreichend gewährleistet sei. Das wahre Ausmaß des Pflegenotstands ist so klar erkennbar wie die Vereinigung der beiden deutschen Staaten.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 1204 08

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Vermittlung
mit wertvollen
Kollektionen
Koching-Paper



Die Wohlfahrtsverbände werden sehr darauf zu achten haben, daß sie nicht, wie so häufig, in eine Verantwortung gezerrt werden für eine Situation, die durch politisches Liegenlassen heraufbeschworen wurde. Konkret:

Es war die Bundesregierung, die 1958 an die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege mit der Bitte herantrat, für den "Zivilen Ersatzdienst" Einsatzmöglichkeiten anzubieten. Diesem Ersuchen wurde entsprochen. Und noch vor wenigen Jahren entsprachen die Verbände einem erneuten staatlichen Verlangen - als es nämlich darum ging, wiederum Plätze für den Ausbau der Mobilen Dienste und der Individuellen Schwerstbehindertenbetreuung zu schaffen und bereitzustellen, um hilfsbedürftigen Menschen den Verbleib in der häuslichen Umgebung zu ermöglichen.

Von diesen partnerschaftlichen Vereinbarungen wollen einige heute nichts mehr wissen und drehen den Spieß um: Die Wohlfahrtsverbände und andere soziale Dienstleistungsträger hätten die Zivils auf alle Zukunft als feste Größe und billige Arbeitskräfte "verplant". Dagegen werden sich die Verbände zu wehren wissen.

Zivildienstleistende erfüllen ihre Aufgaben mit großem sozialen Engagement. Sie sind Hilfe und Ergänzung für die haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter. Sie erfüllen in der Regel zusätzliche Aufgaben.

30 Jahre Zivildienst haben das Bewußtsein in der Gesellschaft gefördert, daß die Zivildienstleistenden einen wesentlichen Faktor im sozialen Bereich darstellen und wichtige und unentbehrlich ergänzende Arbeit leisten.

Am 1. Oktober 1990 werden Notsituationen in der Versorgung kranker, alter und behinderter Menschen entstehen können. Wenn bis dahin nichts geschieht, müssen diese Dienste eingeschränkt oder ganz eingestellt werden. Vielen Betroffenen könnte dann die Einweisung in stationäre Einrichtungen drohen - die Katastrophe wäre dann perfekt. Dort herrscht nämlich Platz- und Personalmangel. Mit den bestehenden miserablen Personalschlüsseln lassen sich zusätzliche Löcher nicht mehr schließen.

Die Arbeiterwohlfahrt fordert deshalb Lösungen mit bekanntem deutschem Eiltempo ein:

- Die Personalschlüsselzahlen müssen umgehend erhöht werden. Parallel dazu sind Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität von Pflegeberufen einzuleiten.
- Zur Überbrückung des Personalausfalls müssen Haushaltsmittel zur Verfügung gestellt werden, um Aus-
hilfskräfte einsetzen zu können.
- Sinnvolle Alternativen, zum Beispiel die Verbesserung der Rahmenbedingungen des Freiwilligen Sozialen
Jahres, müssen entwickelt werden.
- Eine wirksame Pflegeversicherung ist spätestens 1991 zu verabschieden.

(-/3.9.1990/rs/ks)

Die rechte Schau zu schlechter Zeit am falschen Ort
Gedanken zu Bismarck-Ausstellung und Deutschem Historischen Museum

Von Freimut Duve MdB

Das große Jubiläumsjahr war kein Jubeljahr geworden. Das Jahr 1989 hat seine ganze historische Reiter-schar einfach abgeworfen und sich selbst zur Geschichtsmächtigkeit erhoben. Wo die Doppeldeutschen noch zweimal je 40 Jahre, die Franzosen 200 Jahre feiern und ganz Europa einmal 50 Jahre und einmal 75 Jahre (Zweiter und Erster Weltkrieg) abmahnen wollte, und Bonn 2000 Jahre und Possemuckel 831 Jahre, da schrie das Jahr selbst: hurra in Mitteleuropa und vor Schmerz in Peking und Temesvar.

Aufbrüche, die tiefe Kerben markieren, zwingen Geschichte wach. Schmerzlich oft und unerbittlich. 'Memorial' nannten sich die Gruppen, die in der Sowjetunion fast als erste Glasnost ernst nahmen und Stalins Totenbilanz einklagten. Alfonsin in Argentinien ist an dem Versuch gescheitert, seinem Land den historiographischen Bürgerkrieg zu ersparen. Die Ungarn mußten Imre Nagy umbetten, bevor sie das Demokratietor öffneten.

Wie ordentlich und gemächlich dagegen die Geschichtshäuser, die die Bundesregierung den Deutschen schenken möchte. In Bonn bekommt das Haus der Geschichte nun seinen logischen Sinn: Jetzt, da auch die BRD, wie wir sie bisher kannten, an ihr Ende kommt, kann ihrer Existenz und spannenden Vorgeschichte auch ein Museum gewidmet werden. Die Sache ist vorbei, wir und unsere Kinder wollen wissen, wie sie denn war, die erste erfolgreiche Demokratie der Deutschen.

Darum also jetzt ja zum Haus der Geschichte in Bonn; das Ding lohnt sich jetzt. Zwar jbbert sein Direktor unter dem Sog der deutschen Einigkeit nach neuen Aufgaben, noch bevor auch nur das Loch für die Keller-räume ausgebaggert war. Er will kein abgeschlossenes Museum mehr, sondern nun plötzlich ein Museum der Zeitgeschichte. Dieser Widerspruch in sich selbst wäre eine sehr kurzweilige Schöpfung. Wie eine Art Lumpensammler der Tagespolitik müßte ein solches Museum permanent hinter den aktuellen Geschehnissen hinterherhecheln. Nein, so etwas wollen wir nicht.

Völlig anders die Chose in Berlin. Da sollten die Deutschen ihr ganz großes Historisches Museum (DHM) bekommen. Das Ding hatte schneller sein Abkürzung als seinen Direktor. Alles schien gelaufen. Der Plan war diskutiert. Wir hatten die Sache mächtig kritisiert. Die öffentliche Diskussion darüber hatte als Nebeneffekt dann auch noch den Historikerstreit vom Zaun gebrochen (Jürgen Habermas erließ sein schneidendes Verdikt gegen konservative Historiker auf einer Anhörung im Bundestag zu diesem Museum). Schließlich übernahm ein hochbegabter und -gelobter Direktor das Museum in nascendo. Ein Platz war gefunden, ein Architekt beauftragt, ein Entwurf gekrönt. Die Opposition kritisiert weiter, aber freundlicher. Die Gründungsleute hatten manches von unserer Kritik übernommen.

Dann kam mit dem großen Jahr 1989 wirkliche Bewegung in die deutsche Geschichte und plötzlich das Museum zum Stillstand. Soll es nun noch gebaut werden? Ist es noch am richtigen Ort geplant? Und was wird aus den vielen Berliner Museen, wenn die Stadt weiter so rasch zusammenwächst wie in den letzten sechs Monaten? Und dazu die gigantischen Kosten für die Sanierung der Museumsinsel, ganz zu schweigen von den Kulturmilliarden, die angeblich zur Rettung vieler historischer Stadtkerne in der DDR gebraucht werden? Wer mag da noch weiter an einem neuen Museum festhalten, dessen Baumittel von bald 800 Millionen Mark noch keineswegs gesichert sind?

Jedenfalls braucht das Vorhaben ein neues Konzept, das die DDR, oder das, was von ihr bleiben wird, einbezieht: "Es wäre doch absurd, würden wir ausgerechnet ein historisches Museum aus der geschichtlich-politischen Situation von 1988 jetzt zwei Jahre später so weiterplanen, als sei in der Zwischenzeit nichts geschehen", sagte Peter Conrad am 20. Juni im Bundestag.

Aber wie an allen Ecken und Enden der vermeintlichen großen Einigungslandschaft gibt es auch beim Historischen Museum in Berlin keine Nische, in der Bürger oder Fachleute der DDR irgend etwas mitzubestimmen hätten. Auch der Kanzler tut so, als sei die Beteiligung von Leuten aus der DDR ein reiner Akt gnädiger Herablassung und keine zwingende Folge des großen Einigungslanges: "So ist es auch denkbar, daß geeignete DDR-Stellen zu einem späteren Zeitpunkt an den Verhandlungen über die endgültige Trägerschaft beteiligt werden." So Kohl in einem Brief an Momper.

Also was sollte wirklich geschehen? Das Deutsche Historische Museum sollte rasch auf den gigantischen Neubau verzichten! Das spart nicht nur Geld, sondern auch Zeit. Es sollte im Alten Zeughaus (jetzt noch das historische Museum der DDR) seinen Sitz nehmen. Es sollte klein anfangen und sich auf lebendige Ausstellungen konzentrieren. Ideal wäre, wenn es auf Dauer in Berlin nur eine kleine Zentrale behielte, seine Aktivität aber im ganzen Land entfalten würde und in Kooperation mit Einrichtungen der Städte und Länder als wirklich dezentrales "Deutsches Historisches Museum" arbeiten würde. Bedarf dafür ist vorhanden. Sie sollten die musealen Einrichtungen der ostdeutschen Kulturpolitik, die heute noch überall im Bundesgebiet von den Vertriebenenorganisationen kontrolliert werden, bald in die Obhut einer staatsfernen "Stiftung Deutsches Historisches Museum" genommen werden.

Für dieses Jahr hat das kluge Management des Museums entschieden: im Jahr der Einheit der Deutschen, wo alle die europäische Verantwortung beschwören, wird des großen Gründers des brüchigen Reichskonzepts, Bismarcks, gedacht. Ich bin sicher, Marie Luise von Flessen und Lothar Gall bringen eine gute, kritische Ausstellung, der nicht der Vorwurf gemacht werden kann, da wollten sich welche zu Ururenkeln stilisieren. Aber ich bleibe skeptisch. Das neue Konzept mit Bismarck anfangen heißt, den Blick auf Einigung, Zentralstaat und Zentralkanzler lenken. Da kommt ungewollt, aber unvermeidbar doch ein Jubelherbst, wenn Otto von Bismarck in den Gropius-Bau zu Berlin einzieht.

(-/3.9.1990/rs/ks)

Vergangenheitsbewältigung Wackersdorf 1990

Zum Versuch von CSU und Wirtschaft, die Erinnerung an ihre strahlende Vergangenheit auszu-
löschen

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag

Nun flattern - rechtzeitig zum Landtagswahlkampf - die Einladungen zu Betriebsöffnungen und Spatenstichen auf dem WAA-Gelände in Wackersdorf auf die Tische. Festredner ist selbstverständlich der bayerische Ministerpräsident. Immer mit dabei: Dr. h.c. August R. Lang, der (noch) bayerische Wirtschaftsminister, CSU-Bezirksvorsitzender, Freund und Förderer der DWK, der einmal meinte, wenn nicht in der Oberpfalz, könne die WAA nirgends gebaut werden (So Recht er im Ergebnis bekommen hat, so wenig kannte er "seine" Oberpfälzer, denen er die WAA als strahlende Zukunft verkaufen wollte.)

Wackersdorf 1990: Im Gange ist eine der teuersten und intensivsten Gedächtnistilgungsaktionen seit Menschengedenken. Orwell hätte hier ein praktisches Muster für sein Wahrheitsministerium finden können.

Die Geschichte wird einfach ungeschrieben. Wackersdorf ist nicht mehr das Symbol des gescheiterten Versuches der CSU, die WAA wie einen Pfahl ins Fleisch der Oberpfälzer Bevölkerung zu drücken. Wackersdorf soll umgeschminkt werden in die erfolgreichste Industrieansiedlungsaktion der CSU. Keine Erinnerung an das Alte soll bleiben. Der Millionen-Zaun, die Festungsanlagen sollen verschwinden. Nach der Einebnung soll ein gewaltiges Industriegelände übrig bleiben, nach dem Motto: "War was?"

Nun heißt es zwar schon in der Bibel, daß im Himmel über einen reuigen Sünder mehr Freude ist als über 100 Gerechte. Doch von Reue kann bei der CSU keine Rede sein. Allenfalls macht sich bewährte, satte Selbstgerechtigkeit Platz. Nicht der Widerstand von Hans Schuierer und der Bürgerinitiativen hat das Wunder von Wackersdorf bewirkt - nein, natürlich soll das Wahrheitsministerium die Erfahrung und Hirne der Bevölkerung umpolen, und das ganze als Wohltat der CSU wahrgenommen werden.

Noch sind die Prozesse gegen die Verfolgten nicht abgeschlossen, gar nicht zu reden von der fälligen Amnestie. Doch schon wollen sich die alten Verfolger als Landentwickler und Landbeglückter feiern lassen. Die bitteren Erfahrungen, tief eingegraben ins Gedächtnis, sollen einfach umgegraben werden.

Die Industrie, dankbar für manche Schnäppchen aus der Konkursmasse der CSU-WAA-Politik, spielt mit. Sie stellt die Bühne, auf der sich die Täter von gestern als Wohltäter von heute umfeiern lassen wollen.

Auf gut bairisch muß man ein solches Vorgehen 'ausg'schamt' nennen. Aber von der CSU Scham zu verlangen, ist ohnehin ein Zeichen von Illusionismus.

So bleibt die Erinnerung an CS-Gas-Einsätze, Hubschrauber-Angriffe, Einkesselungen, Durchsuchungen, Festnahmen, Massenprozesse, Zerstörung des inneren Friedens, Verfolgung und vergeblich versuchter Disziplinierung von Hans Schuierer durch die bayerische Atom-Lobby-Regierung. Es bleibt die Erinnerung an den erfolgreichen Widerstand der Oberpfälzer, die die CSU-Atom-Lobby vertrieben haben.

Wir denken aber auch daran: Was könnte schon sein, wenn die CSU-Regierung in ihrem atomaren Wahn die Milliarden für die Fahrradspeichenfabrik in Wackersdorf nicht erst vergraben, sondern nach dem Ende der Bayerischen Braunkohle Industrie (BBI) und der Niedergang der Maxhütte gleich der Region zur Verfügung gestellt hätte?

Wer könnte denn im Zusammenhang mit der CSU den Sieg der Vernunft assoziieren? Erst mußte doch versucht werden, die Oberpfälzer zu vergewaltigen. Denn in dem 'umwahren' von Niedertracht in Wohltaten hat man bei der CSU soviel Erfahrung wie andere beim 'umruehlen'. Ob mit oder ohne Orwells Wahrheitsministerium, spielt keine Rolle. Für das Umschreiben der Geschichte brauchte die CSU Orwells "1984" nicht abzuwarten.

Tröstlich bleibt aber doch: Die Oberpfälzer haben von Gottfried August Bürger auch gelernt, daß "wo man Schmuck und Schmüncke schauet, tut törllich, wer der Farbe trauet". Besonders der Schwarzen. Und sie wissen auch: Erst als die CSU abgewählt worden war, haben sich die Dinge zum besseren bewegt. Diese Erfahrungen werden auch am 14. Oktober beherzigt werden - allen Jubelleiern und Täuschungsmanövern zum Trotz.

(-/3.9.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

Willy Brandt: Das chilenische Volk ist zu seinen Wurzeln zurückgekehrt

Willy Brandt, SPD-Ehrenvorsitzender und Präsident der Sozialistischen Internationale, hat sich aus Anlaß der feierlichen Beisetzung des chilenischen Präsidenten Salvador Allende, der am 11. September 1973 bei dem Militärputsch gegen die gewählte Regierung des Andenlandes ums Leben gekommen war, in einem Brief an die nächsten Angehörigen Allendes gewandt. Dieser wird am 4. September vom SPD-Bundestagsabgeordneten Freimut Duve in Santiago überbracht, wenn der Leichnam Allendes, der von der Militärjunta in einem abseits gelegenen Friedhof beigesetzt worden war, umgebettet werden wird. Dieser Zeremonie werden zusammen mit der Familie Allendes der chilenische Präsident Aylwin und ausländische Gäste bewohnen. Der Brief Brandts hat folgenden Wortlaut:

*Liebe Hortensie Allende, liebe Isabel Allende,

wie gerne wäre ich der Einladung zur feierlichen Zeremonie und zur Gründung der Stiftung Salvador Allende gefolgt. Die Ereignisse hier in Mitteleuropa und die raschen Schritte zur deutschen Einheit erlauben es mir zu meinem großen Bedauern nicht, am 4. September bei Ihnen zu sein.

Ich habe Falmut Duve gebeten, Ihnen allen meine guten Wünsche zu übermitteln.

Das chilenische Volk hat in großartiger Disziplin und Würde die Diktatur abgeschüttelt und ist zu seinen ureigensten demokratischen Wurzeln zurückgekehrt. Wir haben die Leiden Ihres Volkes während der sechzehn Jahre Gewaltherrschaft mit Trauer und Solidarität begleitet, wir begleiten den Weg in die Freiheit mit Freude und Solidarität.

Ohne den wachen und ehrlichen Blick zurück hat die Demokratie keine Chance. Darum ist das Gedenken an die Wahl Salvador Allendes zum Präsidenten Chiles, das am 4. September von allen Demokraten Chiles feierlich begangen wird, von so großer Bedeutung weit über sein chilenisches Vaterland hinaus.

Wo immer in den letzten bewegenden Jahren die Menschen Diktaturen abgeschüttelt haben, in Ost- und Mitteleuropa oder in Lateinamerika, stets geschah es mit einem offenen Blick auf die historischen Tragödien, die hinter ihnen liegen, und einem wachen Bewußtsein für die eigene Geschichte.

Der Blick zurück hilft beim Aufbau der Zukunft. Er öffnet die Chance zur Versöhnung. Salvador Allende hat für die soziale Demokratie gekämpft. Freiheit und Gerechtigkeit, Solidarität mit den Schwachen, ein Rechtswesen, das den Menschen dient und nicht der Staatsmacht - das sind die Bausteine der zivilen Gesellschaft. Das sind wesentliche Fundamente unserer internationalen Bewegung der demokratischen Sozialisten.

Es ist ein großartiges Zeichen für die Kraft der chilenischen Demokratie, daß sich der erste legitime Nachfolger Salvador Allendes, Präsident Aylwin, so engagiert für diesen Gedenktag eingesetzt hat.

Vor uns allen liegen gewaltige Aufgaben: Die Völker im Süden unserer Welt erwarten, daß die Demokratie vor allem Gerechtigkeit schafft. Zudem braucht die Natur unsere Hilfe, denn sie ist unser aller Lebensfundament.

Am meisten werden die Reichen dieser Welt zu leisten haben, um diese Aufgaben zu meistern. Dabei geht es nicht um einen simplen Transfer: Die Anstrengung muß gemeinsam geleistet werden.

Die neunziger Jahre müssen zum Jahrzehnt der Entmilitarisierung dieser hochgerüsteten Welt werden. Die äußerst gefährliche Lage im Nahen Osten zeigt: Wir in den reichen Staaten tragen durch die Lieferung unserer Waffen ebenso Verantwortung wie die Mächtigen in den armen Staaten. Viele haben immer noch nicht gelernt: Das Zeitalter militärischer Herrschaft ist endgültig abgelaufen. In der zivilen Welt von morgen dürfen die Waffen und die Militärapparate nicht mehr die Menschen gängeln, die Wirtschaft belasten und die Politik zerstören. Entmilitarisierung, das wissen wir Deutschen ganz besonders, ist mehr als nur Abrüstung. Und sie ist noch schwieriger zu erreichen.

Auch die Staaten Lateinamerikas werden sich auf den Weg der Entmilitarisierung begeben müssen, wollen sie ihre Probleme meistern. Das Volk von Chile ist einen großen Schritt vorangegangen. Salvador Allende hat uns allen gezeigt: Ziviles Regieren erfordert mehr Mut als militärisches Kommandieren, Demokratie verlangt von den Regierenden mehr Tapferkeit als Militärherrschaft.

Ich gratuliere dem chilenischen Volk zu seiner großen demokratischen Geschichte und wünsche ihm Gutes auf seinem Weg in die Zukunft.

Willy Brandt*

(-/3.9.1990/rs/ks)
